

Solarstrom ja, aber nicht um jeden Preis

Die Junge Grüne Franziska Ryser kritisiert die Solarstromstrategie der Stadt. Stadtrat Peter Jans verteidigt diese. Er setzt auch auf Private.

Diana Hagmann-Bula

Irgendwann ist es genug. Auch für Franziska Ryser, Stadtparlamentarierin der Jungen Grünen. «Das musste einmal gesagt werden», sagt die 27-Jährige. Sie meint damit ihr Votum an der Parlamentssitzung von vergangener Woche. Der Rat hiess einen Kredit von rund 10,5 Millionen Franken gut für die Sanierung der Schule Hebel-Bach. Solarpanels? Nicht vorgesehen. Wegen des Ortsbildschutzes und aus wirtschaftlichen Gründen, wie Stadtrat Peter Jans erklärte. Das kritisierte Franziska Ryser scharf: «Würden wir diese Begründung zum ersten Mal hören, könnten wir sie vielleicht nachvollziehen. Wir erhalten aber bei verschiedenen Projekten seit Jahren dieselbe Antwort.» Auch deshalb reichte die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen ein Postulat zu diesem Thema ein (siehe Kasten).

Ryser führt weitere Beispiele an: den Kindergarten Boppartshofstrasse, den Kindergarten an der Wiesentalstrasse 23 in St. Fiden und den Hort Oberzil. Und erklärt dann, was sie im Detail an der Solarstrategie der Stadt stört. Die Stadt habe sich lange auf die Geothermie konzentriert. Das Projekt scheiterte jedoch. «Nun ist sie auch im Bereich Solarenergie dran, beschränkt sich dabei aber vor allem auf Grossanlagen.»

Dächer weniger streng bewerten

Nur die geeignetsten Dächer auszurüsten und den Rest ungenutzt zu lassen, liege nicht mehr drin, sagt Ryser. «Solarpanels sind deutlich günstiger geworden. Wir müssen nun Gas geben und kleinere Dächer ebenfalls mit Fotovoltaikanlagen bestücken. Sonst schaffen wir die Energiewende nicht.» Sie fordert: Die Stadt muss ihre Bewertungskriterien für geeignete Dächer lockern. Natürlich müsse sie dabei wirtschaftlich denken. «Aber eben nicht nur.» Ryser betont die Vorbildfunktion der Stadt im Bereich erneuerbarer Energien. «Gerade bei öffentlichen Bauten wie Schulhäusern. Sie muss Privaten und Schülern vorleben, wie sinnvoll Solarenergie ist.»



Der Stadtrat soll Auskunft darüber geben, welche Solarstrategie die Stadt verfolgt. Das fordert ein Postulat.

Bild: Urs Bucher (20. April 2018)

Den Ortsbild- und Denkmalschutz, den die Stadt oft als Verhinderer für Solarprojekte nennt, erachtet auch Ryser als wichtig. «Doch ihm kommt eine zu dominante Rolle zu. Wir leben ja nicht im Museum», meint sie. Statt stets die gleiche Begründung wünscht sich die Maschineningenieurin kreative Lösungen: etwa Fassadenpanels an Verwaltungsgebäuden und Fotovoltaikanlagen auf Bushäuschen. Und warum nicht das Dach einer Turnhalle mit Panels ausrüsten, obwohl in 15 Jahren womöglich ein Neubau ansteht? «Man kann die Anlage später doch auf das neue Gebäude zügeln. Die Stadt muss etwas mutiger entscheiden.»

Ryser will ihre Aussagen nicht nur als Kritik verstanden wissen, sondern auch als Ansporn für die Stadt. Grundsätzlich sei man auf dem richtigen Weg, nur das Tempo müsse nach oben korrigiert werden. Und wohl auch der Kredit für Solaranlagen. «Laut Stadtrat Peter Jans sind die gesprochenen 3,5 Millionen bald aufge-

braucht.» Das sei richtig, bestätigt Peter Jans. Noch eine halbe Million sei übrig. «Wir bereiten gerade den Antrag für einen zusätzlichen Kredit an das Stadtparlament vor, damit wir nicht

«Wir müssen auch kleine Dächer nutzen, wollen wir die Energiewende schaffen.»



Franziska Ryser
Stadtparlamentarierin

bremsen müssen», sagt der Direktor der Technischen Betriebe. Wie hoch dieser sein müsse, werde derzeit berechnet.

Jans gibt Franziska Ryser insofern recht, dass die Stadt im

Solarzukunft aufzeigen

In einem neuen Postulat fordert die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen den Stadtrat auf, seine Solarstromstrategie darzulegen. Er soll aufzeigen, wie er geeignete Dachflächen auswählt, und aufführen, an welchen Orten neue Fotovoltaikanlagen geplant sind, um den restlichen Rahmenkredit zu nutzen. Im Februar 2017 hatte das Stadtparlament den Solarkredit für 2017 bis 2020 um eine Million auf 3,5 Millionen erhöht.

Stadtrat Peter Jans deutet den Vorstoss nicht als Misstrauen, sondern «als Chance, mal erklären zu können, wie viel wir schon erreicht haben und wohin die Reise geht». (dbu)

Bereich Fotovoltaik «einen Zucken zulegen muss». In Zahlen heisst das: Bis 2050 zehnmal mehr Solarstrom produzieren und 20 Prozent des Strombedarfs in der Stadt mit der Sonne

«Bushäuschen sind zu klein, als dass sich eine Anlage lohnen würde.»



Peter Jans
Stadtrat

decken. Der Stadtrat gibt aber zu bedenken: Die Stadtwerke haben zwar den politischen Auftrag, Solarenergie zu fördern. Sie müssen dennoch wirtschaftlich denken. «Die Anlagen müssen finanziell sinnvoll sein. Wir wollen konkurrenzfähig bleiben.» Wirtschaftlich ist laut Jans eine Solaranlage dann, wenn eine Kilowattstunde Strom zwischen 7 und 15 Rappen kostet. «Müssten wir zu teuren Solarstrom einspeisen, würde das den Strompreis nach oben treiben. Das wollen wir nicht. Sonst weichen die Kunden auf einen billigen Strommix aus, also auf Atomstrom.» Auch beim Hebel-Bach-Schulhaus wäre eine Fotovoltaikanlage zu teuer gekommen, sagt er. Dafür sei eine Anlage auf dem zu renovierenden Gebäude der Berufsfeuerwehr an der Notkerstrasse vorgesehen, ebenfalls auf dem Oberstufenschulhaus Zil und der Fernwärmezentrale Lukasmühle. Grundsätzlich gilt laut Jans: Solarpanels auf Dächern von Schulhäusern, Kindergärten, Turnhallen – gerne, wenn «finanziell sinnvoll». «Bushäuschen aber sind viel zu klein, als dass sich eine Anlage lohnen würde.»

Stadt überlegt sich, private Solarpanels zu finanzieren

Solarpanels von einer sanierten Halle auf einen Neubau zu zügeln, erachtet Jans als einen allzu kreativen Ansatz. «Wir müssten dreimal Montagekosten bezahlen. Für den Aufbau und Abbau am ersten Standort sowie für den Aufbau auf dem Neubau. Ausserdem decken sich die alte und neue Fläche wohl nicht.»

Viel Potenzial sieht er hingegen in Fassadenpanels, wenn auch diese noch wenig bekannt sind. Und in privaten Hausbesitzern. Für eine Anlage auf einem Einfamilienhaus ist mit Kosten von 20 000 bis 30 000 Franken zu rechnen. «Eine Summe, die viele abschreckt», glaubt Jans. Genau da will die Stadt ansetzen und Vertragspartner werden. Die Idee: Die Stadtwerke finanzieren die Anlagen auf Privathäusern und verkaufen den Eigentümern den Strom. Mit Marge natürlich. Auch dieses Modell muss schliesslich «finanziell sinnvoll» sein.